

Lühner Anzeiger

Telephon: Amt Lahn Nr. 24.

Inhaltblatt für Lahn und Umgebung.

Telephon: Amt Schönau Nr. 10.

Druck und Verlag von Franz Beuchel in Schönau (Rasbach). — Für den Inhalt verantwortlich: Franz Beuchel, Schönau (Rasbach).

Ausgabestelle und Inseraten-Aannahme in der Filiale Goldbergerstrasse Nr. 55 in Lahn und in der Buchdruckerlei von Franz Beuchel in Schönau (Rasbach).

Die Ausgabe

erschließt wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich durch Boten 90 Pf., monatlich 30 Pf. frei Haus. Postabonnements 90 Pf., mit Abtrag 1,14 Mk.

Unentgeltliches Publikationsorgan

der Stadt, Behörden und des königlichen Amtsgerichts.

Insertionspreis

1 spaltige Zeitzeile oder deren Raum 10 Pf., für ausw. Inf. 12 Pf., Reklamezeile 20 Pf. Bei gerichtl. Vertreibung kommt Rabatt in Wegfall. Annahmestempel Montag, Mittwoch und Freitag mittags 12 Uhr.

Nr. 17.

Lahn, Donnerstag, den 9. Februar 1911.

8. Jahrgang.

Tages-Nachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin wohnten am Montag beim Prinzen und der Prinzessin Citel Friedrich einer Soiree bei, auf der Sings „Minna von Barnhelm“ aufgeführt wurde. Vormittags hatte der Kaiser eine Spazierfahrt nach dem Tiergarten gemacht und im Anschluß daran im Auswärtigen Amte einen Vortrag des Staatssekretärs von Siderien-Wächter mitgenommen. — Unser Kaiser wird schon auf seiner Reise nach Rom dem Papste, wie dem Könige Viktor Emanuel in Rom einen Besuch abstatten. Bei den bekannten kirchenpolitischen Erörterungen muß man dem Besuche im Vatikan eine besondere Bedeutung zuschreiben.

Berlin. Beim Reichskanzler fand am Montag wiederum ein parlamentarischer Abend statt, zu dem zahlreiche Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien erschienen waren. In so schneller und regelmäßiger Aufeinanderfolge wie gegenwärtig wurden diese Abende noch von keinem der bisherigen Reichskanzler veranstaltet.

Berlin. Vertrauliche Mitteilungen über die Friedenskräfte der europäischen Staaten machte am Dienstag in der Budgetkommission der preussische Kriegsminister von Heeringen. Es geschah das bei der Beratung der neuen Militärvorlage in Verbindung mit dem Militäretat. Der Kriegsminister führte dann das weitere aus, daß die Vorlage nicht so sehr eine numerische Verstärkung der Armee, als ihre innere Konsolidierung bezwecke. Die Vertreter des Zentrums und der Konservativen traten der Vorlage bei, die Redner der Sozialdemokratie und der fortschrittlichen Volkspartei waren dagegen der Ansicht, daß nach den Mitteilungen des Kriegsministers besondere Gründe für eine Heeresvermehrung nicht vorlägen. Besonders wünschelte man noch den Reichskanzler zu hören. — Die Kommission des Reichstags für den Besatzungsbau betr. Erhebung von Schiffsabgaben hat am Dienstag noch nicht in die eigentliche Beratung ein, da man über eine Bestimmung der Geschäftsbearbeitung nicht einig werden konnte. — Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses verhandelte über den Etat der direkten Steuern. In der Annahme aus der Einkommensteuer sind 15 Millionen mehr angelegt. Der Etat wurde in der Annahme und Ausgabe bewilligt. Gegenüber der Anregung, eine Vermögenszuwachssteuer einzuführen, erhob der Finanzminister Dr. Henke Bedenken. Auch einer Anregung, die Kommunalsteuern herabzusetzen, konnte der Minister nicht beitreten, daß diese nicht in seinen Kräften.

Berlin. In der Budgetkommission wurde eine Vorlage über das Auftreten der Pest in Ostasien und Ägypten gestellt. Ein Regierungsvortrag über die geographische Verbreitung. Seit 1897 sterben in Indien jährlich 100 000 Menschen an der Pest. Sie nimmt auch in Ägypten zu, und es kann nicht übersehen werden, daß die Gefahr besteht, daß die Pest von Ägypten auch zu uns kommt. Die gegenwärtig in Ostasien wütende Seuche ist die Lungenpest, der „Schwarze Tod“ des Mittelalters. Beulenpest und Lungenpest haben denselben Erreger. Einer Einschleppungsgefahr über die sibirische Eisenbahn können wir die gleichen gesundheitspolizeilichen Maßnahmen entgegensetzen wie der Beulenpest. Die chinesische Regierung hat sich an die europäischen Staaten und auch an die Reichsregierung um Entsendung von internationalen Kommissionen gewendet. Auf russische Anregung einer internationalen Kommission wird das Deutsche Reich voraussichtlich Kommissare nach der Mandschurei schicken, so wie im Jahre 1897 nach Bombay.

Konstantinopel. Das Gebäude der Hohen Pforte in Konstantinopel, in der die Büros des Großwesirs wie der Minister des Innern und des Auswärtigen

untergebracht sind, wurde zum Teil durch Feuer eingestürzt. Die Flügel, in denen sich das Ministerium des Auswärtigen und die Kanzlei des Großwesirs befinden, konnten jedoch dank des rechtzeitigen Eingreifens der Feuerwehr gerettet werden. — Die Konstantinopeler Stadtverwaltung hat also aus dem Brande des Parlamentsgebäudes am 19. Januar v. J. doch etwas gelernt. Damals versagte die Feuerwehr samt allen ihren Einrichtungen vollständig, sodaß das Parlamentshaus von Grund aus zerstört wurde. Die berühmte „Hohe Pforte“ ist im wesentlichen nur ein ungeheures Holzgebäude; trotzdem gelang es, die Hauptteile vor dem verzehrenden Element zu schützen. Der Brand der „Hohen Pforte“ soll nach weiteren Nachrichten absichtlich herbeigeführt worden und nicht durch Mängel der Heizanlagen verursacht sein, wie es bei dem Parlamentsgebäude der Fall war. An Feinden im eigenen Volke fehlt es der türkischen Regierung ja nicht. Wertvolle Dokumente sind nicht vernichtet. — Griechenlands Manövervorbereitungen bei Trifala, unweit der türkischen Grenze, werden von der Türkei als eine Demonstration aufgefaßt. Es wurden deshalb zwölf Schnellfeuerbatterien nach der griechischen Grenze abgeandt. — Bei dem Grenzorte Domenikos gerieten griechische und türkische Soldaten wegen einer Quelle in Streit. Die Griechen feuerten und erschossen zwei Türken, worauf diese fünf von ihren Angreifern verletzten. Auch an anderen Orten fanden Grenzplänkchen statt.

Marokko. In Marokko wurden von Angehörigen eines unter spanischem Protektorat stehenden Eingeborenenstammes 5 Europäer ermordet. Den Erschlagenen wurden die Köpfe abgeschnitten, die Leichen wurden verstümmelt. Es ist eine strenge Untersuchung eingeleitet worden. Für die Ermordung von Europäern in Marokko forderten die betroffenen Mächte bisher regelmäßig Entschädigung von dem Sultanat. Es ist anzunehmen, daß diesmal Spanien, in dessen Einflussbereich die jüngsten Morde geschahen, auf der erforderlichen Genugtuung bestehen wird.

Peking. Die Pest macht in ganz China und auch in Schantung Fortschritte. Es sind in dieser die deutsche Kolonie Kiautschou umfassenden Provinz bereits mehrere hundert Todesfälle an Pest vorgekommen. Die deutsche Hafenstadt Tsingtau ist dank der aufopfernden Tätigkeit der deutschen Militär- und Zivilbehörden bis heute noch von der Seuche verschont geblieben. Für das Sanitätspersonal fordert die Kolonie aber eine sofortige Seuchenzulage; auch müssen seitens der Reichsregierung auf schnellstem Wege alle noch erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr der Seuche getroffen werden.

Deutscher Reichstag.

Das Haus nahm am Montag seine Sitzungen nach der dreitägigen Pause wieder auf. Die Interpellation über die fremden Wertpapiere wurde von der Tagesordnung abgesetzt. Staatssekretär Dr. Delbrück will sie Ende dieser oder Anfang nächster Woche beantworten. Das Haus verteilte sodann das Gerichtsverfassungsgesetz in zweiter Lesung. Bei der Vorschrist, daß die Zulassung zur Vorbereitung zum Justizdienst nicht von einem bestimmten Einkommen abhängig gemacht werden dürfe, beantragten die Sozialdemokraten, daß auch Religion und Politik keine Hemmnisse bilden sollen. Gegen die Stimmen von Fortschrittlichen, Sozialisten und Polen wurden indessen alle Anträge abgelehnt. Eine lebhafteste Debatte rief ein sozialistischer Antrag hervor, daß Richter nur kraft richterlicher Aufsichtsbefugnis ihres Amtes enthoben werden können. Abg. Heine (Soz.) begründete diese Forderung damit,

daß in den Moabitier Prozessen der Reichskanzler die Richter durch seine Rede im Reichstage zu beeinflussen versucht habe. Staatssekretär Dr. Bisco wies diesen Vorwurf entschieden zurück. Dafür steht der Reichskanzler viel zu hoch. Der sozialdemokratische Antrag wurde abgelehnt.

Das hiesig besuchte Haus setzte am Dienstag die tags zuvor begonnene zweite Lesung des Gerichtsverfassungsgesetzes fort, zu dem mehrfache Abänderungsanträge abgelehnt wurden, die von fortschrittlicher und sozialdemokratischer Seite gestellt waren. Eine längere Debatte entstand über einen Antrag Müller-Meinungen (fortschr.), wonach das Amt eines in Strafsachen erkennenden Amtsrichters, eines Vorsitzenden des Schöffengerichts, sowie eines Mitgliedes der Strafkammer nur von einem ständig angestellten Richter wahrgenommen werden darf. Der Antrag wurde schließlich mit der Aenderung angenommen, daß die Bezeichnung auf Strafkammermitglieder fallen gelassen wird. Staatssekretär Dr. Bisco war im Prinzip für den Antrag gewesen, hatte aber auf die praktischen Schwierigkeiten hingewiesen. Die einzelnen Parteien teilten sich mehrfach bei der Abstimmung. Zu § 23 beantragte Abg. Müller (Wpt.), daß auf Antrag des Staatsanwalts die Zuständigkeit des Amtsgerichts in den zur Zuständigkeit des Landgerichts gehörigen Verbrechen und Vergehen durch Beschluß der Strafkammer begründet werden kann. Nach dem Kommissionsbeschuß hat die Staatsanwaltschaft über die Ueberweisung zu entscheiden. Nach längerer Debatte wird der Antrag Müller abgelehnt, es bleibt bei den Kommissionsbeschlüssen. In der weiteren Beratung stellt sich bei der Abstimmung über einen Antrag Dahlem (Str.) Beschlusunfähigkeit des Hauses heraus.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

In der Montagssitzung des Hauses, in der die Einzelberatung des Justizetats erledigt wurde, kam man zunächst wieder auf die allgemeine Debatte zurück, weil von sozialdemokratischer Seite von einer „Maßregelung“ des Landgerichtsdirektors Unger in Berlin wegen des bekannten Revolver-Vorfalles gesprochen und schwere Beschuldigungen gegen den Staatsanwalt im ersten Essener Prozeß erhoben wurden. Justizminister Beseier wies diese Angriffe zurück und erklärte die Art und Weise, wie heute die Richter kritisiert wurden, für ein der Rechtspflege wenig dienliches Treiben. In der Einzelberatung sprachen eine ganze Reihe von Rednern, ohne daß die Debatte besondere Höhepunkte zelligte. Es handelte sich zumeist um alljährlich vorgebrachte Wünsche. Das Haus genehmigte den Justizetat.

Das Haus beschäftigte sich am Dienstag in erster Lesung mit dem Zweckverbandsgeetze. Minister von Dallwitz gab die nötigen Erläuterungen zu dem Gesetz, das die Bildung von Zweckverbänden zur besseren Erfüllung wirtschaftlicher und kultureller Aufgaben erleichtern soll. In fastener Einigkeit stimmten die Redner sämtlicher bürgerlichen Parteien dem Entwurf zu; nur der sozialdemokratische Redner wollte die Eingeweihtung dem Zweckverband vorgezogen wissen. Die bürgerlichen Redner wollten in der Hauptsache nur jene